KLOSE Rechtsanwaltskanzlei für
Sozialrecht Arbeitsrecht Strafrecht

Sehr geehrte Mandantin,
sehr geehrter Mandant,

Vielen Dank, dass Sie sich mit Ihrem Anliegen an unsere Kanzlei wenden. Eine transparente und vertrauensvolle Zusammenarbeit ist Grundlage einer erfolgreichen Mandatsbearbeitung. Damit wir Ihr Anliegen von Beginn an rechtssicher, effizient und in Ihrem Interesse bearbeiten können, bitten wir Sie, die nachfolgenden Hinweise aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen, die erforderlichen Erklärungen abzugeben und uns die für die Mandatsführung notwendigen Angaben zu Ihrer Person zur Verfügung zu stellen.

Die nachfolgenden Hinweise und Erklärungen dienen sowohl der Erfüllung unserer gesetzlichen Informationspflichten als auch der Klarheit und Transparenz in der Zusammenarbeit. Sie sollen dazu beitragen, Missverständnisse zu vermeiden und eine verlässliche Grundlage für die Bearbeitung Ihres Mandats zu schaffen.

Selbstverständlich stehen wir Ihnen bei Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

1. Mandantendaten 2
2. Hinweise zum Datenschutz 3
3. Einwilligung in die Email-Korrespondenz 4
4. Hinweise zur Vergütung 5
5. Allgemeine Mandatsbedingungen 6

Ihre Rechtsanwaltkanzlei Klose

Stand: 1/2026

1. Mandantendaten

Firma: _____

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Straße: _____

PLZ Ort: _____

Telefon: _____

Mobil: _____

Email[1]: _____

Rechtsschutzversicherung[2]: _____

Versicherungsnummer: _____

Schadennummer: _____

Bank: _____

IBAN: _____

[1] Bitte nur angeben, wenn Sie die Korrespondenz mit uns per unverschlüsselter Email wünschen.
[2] Bitte beachten Sie unsere unten stehenden Hinweise zur Vergütung.

2. Hinweise zum Datenschutz

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist Rechtsanwalt Mathias Klose, Yorckstr. 22, 93049 Regensburg, Email: kanzlei@ra-klose.com, Telefon: +49 (0) 941 30744550, Telefax: + 49 (0) 30744551

Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen: Anrede, Vorname, Nachname, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse, Anschrift, Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), Bankverbindung, Rechtsschutzversicherung, Firmenname sowie Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind. Die Erhebung dieser Daten erfolgt, um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können; um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können; zur Korrespondenz mit Ihnen; zur Rechnungsstellung; zur Abwicklung von eventuell vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung von Ansprüchen gegen Sie. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind. Auch ist eine Weiterverarbeitung zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften erforderlich; die Verjährungsfrist kann bis zu zehn Jahre betragen. Schließlich erfolgt eine längere Speicherung, wenn Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen; gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen; gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen; gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen

des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist; gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben; gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an kanzlei@ra-klose.com.

3. Einwilligung in die Email-Korrespondenz

Der Mandant ist damit einverstanden, dass der Rechtsanwalt Dokumente, Daten und Korrespondenz im Wege unverschlüsselter E-Mails an den Mandanten und mandatsbezogen an Dritte versendet. Insoweit wird der Rechtsanwalt von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit und zum sicheren Umgang mit mandatsbezogenen Daten befreit. Der Mandant kann einem E-Mail-Verkehr jederzeit widersprechen. Der Mandant sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff auf das Emailpostfach haben und dass er Emaileingänge regelmäßig überprüft. Der Mandant wird hiermit darüber informiert, dass der Empfang von E-Mails aus technischen oder aus betrieblichen Gründen gestört sein kann, dass E-Mails Viren enthalten können, dass E-Mails verloren gehen, verändert, verfälscht oder gefälscht werden können und dass E-Mails vor dem unbefugten Zugriff Dritter nicht sicher geschützt werden können. Der Rechtsanwalt haftet nicht für Nachteile oder Schäden, die aus den Risiken des E-Mail-Verkehrs entstehen können.

Wenn Sie die Korrespondenz mit uns per Email nicht wünschen sollten, streichen Sie bitte diesen Abschnitt durch und geben Sie bei den Mandantendaten Ihre Emailadresse nicht an.

4. Hinweise zur Vergütung

Erstberatung

Für eine Erstberatung stellen wir eine Pauschale in Höhe von 190,00 € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von 19% in Rechnung, insgesamt als **226,10 €**.

Soweit wir über die Erstberatung hinaus für Sie tätig werden, fallen weitere Gebühren an. Auf diese weiteren Gebühren wird das Beratungshonorar natürlich angerechnet, wenn die weitere Tätigkeit innerhalb von zwei Jahren nach Durchführung der Beratung erfolgt. Zu den Kosten unserer weitergehenden Tätigkeit beachten Sie bitte die Hinweise unten.

Wenn Sie Beratungshilfe nach dem Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (BerHG) in Anspruch nehmen können, gelten diese Hinweise nicht.

Weitergehende Beratung und Vertretung

Durch unsere Spezialisierung und langjährige Erfahrung sind wir in der Lage, Ihr Anliegen gezielt, effizient und mit der notwendigen fachlichen Tiefe zu bearbeiten. Um dies auch künftig gewährleisten zu können, haben wir unsere Vergütungspolitik zum 01.01.2026 neu ausgerichtet. Ab diesem Zeitpunkt übernehmen wir Mandate im **Sozialrecht** und **Strafrecht** ausschließlich auf der Grundlage einer Vergütungsvereinbarung.

Die Vergütungsvereinbarung erfolgt entweder in Form einer **Pauschale** oder nach **Zeitaufwand** – abgestimmt auf die Besonderheiten Ihres konkreten Falles. Diese Entscheidung treffen wir transparent und gemeinsam mit Ihnen.

Unsere Gründe für diese Umstellung sind vielfältig.

- Das RVG sieht im Bereich des Sozialrechts nur Rahmengebühren vor, die sich nicht verlässlich am tatsächlichen Aufwand orientieren.
- In vielen Fällen ist die gesetzliche Vergütung aufgrund der Kostensteigerungen in den letzten Jahren nicht mehr kostendeckend, insbesondere bei komplexen oder arbeitsintensiven Verfahren.
- Unsere Arbeit ist auf individuelle Betreuung und fachlich fundierte Strategien ausgerichtet – nicht auf standardisierte Massenverfahren. Eine pauschale Abrechnung nach RVG bildet diesen Anspruch nicht zuverlässig ab.
- Eine aufwandsgerechte Vergütung stellt sicher, dass wir Ihre Angelegenheit mit der gebotenen Gründlichkeit, Verlässlichkeit und Tiefe bearbeiten können.
- Aufgrund unserer langjährigen Erfahrung und Spezialisierung in unseren Tätigkeitsbereichen dürfen wir uns zutrauen, für unsere Leistungen eine Vergütung zu vereinbaren, die Qualität, Effizienz und die strategische Tiefe unserer Arbeit angemessen widerspiegelt.

Wir sind überzeugt, dass eine klare, faire und nachvollziehbare Vergütungsstruktur im Interesse aller Beteiligten liegt. Die Vereinbarung erfolgt selbstverständlich vor noch Mandatsübernahme und gesondert schriftlich, sodass Sie jederzeit volle Kostentransparenz haben. Ihr Rechtsanwalt wird dies im Rahmen des **Ersttermins** mit Ihnen ausführlich besprechen.

Bei Fragen oder wenn Sie eine erste Einschätzung wünschen, sprechen Sie uns jederzeit gerne an.

5. Allgemeine Mandatsbedingungen

Für die Mandatsbearbeitung durch die Rechtsanwaltskanzlei Mathias Klose und seine Mitarbeiter gelten folgende allgemeine Mandatsbedingungen. Die Mandatsbedingungen gelten auch für künftige Mandate, soweit nichts Entgegenstehendes schriftlich vereinbart wird.

Die im Rahmen der Mandatsbearbeitung zu leistende Rechtsberatung des Rechtsanwalts bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland, sie umfasst keine steuerrechtliche und insolvenzrechtliche Beratung.

Der Mandant wird den Rechtsanwalt über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und ihnen sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängenden Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln. Der Mandant prüft sämtliche Schriftstücke des Rechtsanwalts auf Vollständigkeit und Richtigkeit des wiedergegebenen Sachverhalts. Der Versand von Unterlage an den Mandanten erfolgt an die bekannt gegebene (Email-, Fax-) Adresse. Das Versendungsrisiko trägt der Mandant, es sei denn der Mandant hat der Versendung widersprochen und verbindlich die unverzügliche Abholung zugesagt. Der Mandant wird den Rechtsanwalt unterrichten, wenn er seine Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse etc. wechselt oder über längere Zeit wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen nicht erreichbar ist.

Der Rechtsanwalt führt seine (Hand-) Akten in elektronischer Form (§ 50 BRAO). Eingehende Schriftstücke werden elektronisch erfasst und anschließend archiviert, es sein denn die Originalschriftstücke sind im Rechtsverkehr erforderlich. Der Mandant verzichtet insoweit auf sein Herausgaberecht an den Originalunterlagen, die nicht für den Gebrauch im Rechtsverkehr erforderlich sind.

Soweit der Rechtsanwalt auch beauftragt ist, den Schriftwechsel mit der Rechtsschutzversicherung oder einem Dritten zu führen, wird dieser von der Verschwiegenheitsverpflichtung im Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung bzw. dem Dritten ausdrücklich befreit.

Die Haftung von Rechtsanwalt Mathias Klose, Yorckstr. 22, 93049 Regensburg, aus den mit Ihnen bestehenden Vertragsverhältnissen auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Vermögensschadens wird hiermit auf € 1.000.000,- beschränkt (§ 51a Bundesrechtsanwaltsordnung). Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Schadensverursachung, ferner nicht für eine Haftung für schuldhaft verursachte Schäden wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

Bis zur Höhe der Rechtsanwalt zustehenden Vergütung wird diese bereits jetzt aufgrund eventueller Kostenerstattungsansprüche gegen Dritte, insbesondere gegen den unterlegenen Gegner, die Staatskasse oder eine Rechtsschutzversicherung, zur Sicherung seiner Vergütungsansprüche abgetreten. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Erstattungsansprüche einzuziehen und auf seine Vergütungsansprüche zu verrechnen.

Die etwaige Rechtsunwirksamkeit einer Bedingung berührt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bedingungen nicht.

Die Mandantendaten sind vollständig mitgeteilt, die Hinweise zu den Kosten der Vergütung, zum Datenschutz und zum Emailversand habe ich/wir zur Kenntnis genommen, mit den vorstehenden Allgemeinen Mandatsbedingungen bin ich/sind wir einverstanden.

Regensburg, den _____

_____

Unterschrift(en)